

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am 27.06.2002 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich (Vertreten)	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion Vertreterin für Dr. Ulrich Müller	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally (Vertreten)	SPD-Fraktion
Tonn, Elisabeth Vertreterin für Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd (Entschuldigt fehlend)	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Herforth, Gisela (Entschuldigt fehlend)	Verwaltung

Frömmer, Martin	Verwaltung
Hohmeier, Michael	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Krämer, Guido	Verwaltung
Boldt, Günther Schriftführer	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:04 Uhr

Ende der Sitzung 20:39 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisaufnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2002/0267 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung vom 22.05.2002 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2002/0232 Änderung der Satzung der Musikschule
- Ö 5. 2002/0257 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
hier: Wohnumfeldverbesserung Berliner Viertel;
Umwidmung von Mitteln zur Umgestaltung Oberstufenschulhof OHG
- Ö 6. 2002/0246 Neugestaltung Fußgängerunterführung Heinestraße
- Ö 7. 2002/0269 Mitteilung
Kündigung der Mitgliedschaft im Landesverkehrsverband Rheinland e.V.
- Ö 8. 2002/0241 Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01 - 30.04.2002
- Ö 9. 2002/0252 Sachstandsbericht Bereich Beschäftigung und Qualifizierung
- Ö 10. 2002/0268 Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2002;
Vollständige Übersicht über die Gutachten und Studien, die im Zeitraum Oktober 1999 bis einschließlich Mai 2002 in Auftrag gegeben wurden
- Ö 11. 2002/0284 Mobile Skateranlage
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 12. Mündliche Mitteilungen
- Ö 13. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 14.		Feststellung der Beschlussfähigkeit
NÖ 15.		Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil-
NÖ 16.	2002/0265	Mitteilung; Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung vom 22.5.02 - nichtöffentlicher Teil
NÖ 17.	2002/0238	Auftragsvergabe
NÖ 18.	2002/0222	Personalangelegenheit
NÖ 19.	2002/0247	Personalangelegenheit
NÖ 20.	2002/0270	1. Änderung des Stellenplans 2. Personalangelegenheit (Externe Stellenbesetzung)
NÖ 21.	2002/0271	Personalangelegenheit
NÖ 22.	2002/0272	Personalangelegenheit
NÖ 23.	2002/0291	Kreditangelegenheit
NÖ 24.		Mündliche Mitteilungen
NÖ 25.		Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er teilt mit, dass der Beigeordnete sich in Urlaub befindet und der Kämmerer etwas später kommen werde.

Sodann bittet er darum, die Tagesordnung im öffentlichen Teil der Sitzung unter dem Punkt Ö 11 um die Tischvorlage Drucksache-Nr. 2002/0284 - Mobile Skateranlage - zu erweitern. Die bisherigen Tagesordnungspunkte Ö 11 und Ö 12 werden Tagesordnungspunkte Ö 12 und Ö 13.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3. 2002/0267 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Sitzung
vom 22.05.2002 - öffentlicher Teil -**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

Ö 4. 2002/0232 Änderung der Satzung der Musikschule

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Schuljahr der Musikschule wird umgestellt.
2. Die Satzung der Musikschule der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 5. 2002/0257 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung
hier: Wohnfeldverbesserung Berliner Viertel;
Umwidmung von Mitteln zur Umgestaltung Oberstufenschulhof
OHG**

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, die Begründung für eine fast Verdoppelung dieses Budget-Punktes sei nicht einsichtig. Deshalb werde man diese Vorlage ablehnen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die am 11.6.2002 von Bürgermeister Dünchheim und Ratsherrn Jelinek getroffene dringliche Entscheidung zur Umwidmung von Haushaltsmitteln bei der Haushaltstelle 2.6300.9606.71 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
Dafür 12 Stimmen (BM, 6 CDU, 5 SPD)
Dagegen 1 Stimme (Grüne)

Ö 6. 2002/0246 Neugestaltung Fußgängerunterführung Heinestraße

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellt der Bürgermeister die Architektin Frau Kohnen vor.

Frau Kohnen gibt sodann einen Überblick über die vorgesehene Neugestaltung der Fußgängerunterführung Heinestraße.

Von einem Sprecher der SPD-Fraktion wird ausgeführt, man sei dafür, dass die Unterführung neu gestaltet wird und der Angstraum somit verschwindet. Ergeht sodann auf die Gestaltung und den Ausführungen der Architektin ein, wozu es noch einige Fragen gebe. So ergebe sich die

Frage, warum hinsichtlich des Kioskes und der Tunnelbreite nicht auf alte Pläne zurückgegriffen worden sei. Zudem sei die in der Vorlage aufgezeigte Finanzierung nicht nachvollziehbar.

Nach Erläuterungen der Verwaltung zur Finanzierung führt der Bürgermeister aus, dass die LEG den offenen Restbetrag übernehmen werde, was bedeute, dass die gesamte Maßnahme, was die Baukosten anbelangt, der Stadt nichts kosten werde. Zum Betrieb eines Kioskes liegen zwei Bewerbungen vor. Der Wirtschaftsförderung sei daran gelegen, den Kiosk dort an der Stelle zu realisieren, um zum einen den Angstraum dort wegzuschaffen; zum anderen bekomme der Betreiber die spezielle Aufgabe, neben der sozialen Kontrolle das Umfeld sauber zu halten.

Die Architektin Frau Kohnen nimmt zu den Details planerischer Art Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion MBM/F.D.P. äußert, dass sich nach seiner Meinung ein Kiosk an der Stelle nur bis ca. 18.00 Uhr lohnen werde und danach doch nur, wenn der Kioskbetreiber genügend Flachmänner an Korn und Cognac bereit hält. Das sei aber sicherlich keine Maßnahme, um den Raum angstfrei zu halten. Außerdem sei die dem Betreiber zugedachte soziale Kontrolle eine schwierige Aufgabe. Man solle sich nicht der Illusion hingeben, der Kioskbetreiber könne dort die Polizei ersetzen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass man hinter der möglichen Realisierung eines Kioskes ein großes Fragezeichen setze. Es gebe im Umfeld bereits weitere Kioske. Von daher ergebe sich eine starke Konkurrenzsituation. Desweiteren sei die Finanzierung verwirrend. Durch die Ausführungen der Verwaltung sei das nicht deutlicher geworden. Es sollte nochmals klar herausgestellt werden, was gespart werde. Resümierend meine er, es sei ausdrücklich zu begrüßen, dass die Verwaltung hier in Aktion getreten ist, aber die Vorlage sei verbesserungsbedürftig. Das Konzept könne so nicht mitgetragen werden. Bis zur Ratssitzung sollte konkretisiert werden, ob sich ein Kiosk dort wirtschaftlich trägt.

Zu der Finanzierung bietet der Bürgermeister an, hierauf nochmals im nichtöffentlichen Teil einzugehen. Wichtig sei, dass der Bau und die Realisierung dieses Projektes der Stadt nichts kosten.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass man aus finanziellen Gründen mit der Unterführung leben müsse. Jede Verbesserung dort sei daher positiv zu sehen. So müsse die jetzige Maßnahme auch gesehen werden. Die Umgestaltung sei eine Aufwertung der Unterführung. Die Kioskfrage könne sicherlich mit dem Betreiber auch gelöst werden. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage daher so zustimmen.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion bemerkt, dass eine fachliche Beratung im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen gut gewesen wäre.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das Pächterkonzept für den Kiosk, sobald es ansteht, dem Ausschuss sicherlich noch vorgelegt wird.

Ein weiterer Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass man dieses Konzept in der Tat für gut halte. Die Argumente seien genannt worden. Das entspreche den Vorstellungen und deshalb stimme man der Vorlage zu.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierung der Neugestaltung Fußgängerunterführung Heinestraße gem. dem vorliegenden Entwurf der Architektin Frau Kohnen voranzutreiben, insbesondere die Bauleistungen auszuschreiben und zu vergeben.
2. Zur Durchführung der Maßnahme werden 179.000,-€ außerplanmäßig bei der Haushaltsstelle 6300.9606.72 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 6300.3616.71 (Landeszuschuss Wohnumfeldverbesserung „Berliner Viertel“) in Höhe von 102.250,- € und Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 8800.9320.00 (Grunderwerbs- und Nebenkosten) in Höhe von 76.750,-€

Abstimmungsergebnis:

dafür 14 Stimmen (BM, 7 CDU, 5 SPD, MBM/F.D.P.)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Der Bürgermeister bedankt sich bei der Architektin Frau Kohlen für ihre Ausführungen. Näheres werde man dann noch erfahren und besprechen. Am 03.07.2002 habe man in der Ratssitzung nochmal Gelegenheit zur Beratung. Ggfls. werde die Finanzierung, was die Zahlen anbelangt, ja heute im nichtöffentlichen Teil noch erhell.

**Ö 7. 2002/0269 Mitteilung
Kündigung der Mitgliedschaft im Landesverkehrsverband
Rheinland e.V.**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass die Kündigung durch den Ausschuss hätte erfolgen müssen. Diese Auffassung vertritt auch allgemein der Ausschuss.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion betont, wichtig sei bei dieser Kündigung doch nur, dass sich die Marke Monheim e.V. in der Lage sieht, diese Aufgaben des Landesverkehrsverbandes mit wahrzunehmen. Das sei entscheidend.

Der Ausschuss nimmt die Kündigung der Mitgliedschaft im Landesverkehrsverband Rheinland e.V. zur Kenntnis.

**Ö 8. 2002/0241 Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der
Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01 - 30.04.2002**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion bemängelt u.a., dass Mittel aus dem Fond "Sparkassenstiftung" bereits verwendet werden, obwohl das Kuratorium sich noch nicht einmal getroffen hat und daher Entscheidungen, die das Kuratorium treffen soll, vorweggenommen werden.

Der Kämmerer entgegnet, im Haushaltssicherungskonzept ist durch den Rat beschlossen worden, dass ein Teil der Stiftungsmittel in Höhe von 400.000 € als allgemeine Deckungsmittel in den Haushalt einfließen und dort als Einnahmeposition verankert werden. Sie werden natürlich nicht realisiert, sondern stattdessen wird später durch das Kuratorium in gewisser Art und Weise über bestimmte Ausgaben des Haushaltes entschieden und eine Haushaltsentlastung zu erreichen. Es wird unterstellt, dass das Kuratorium sich in wesentlichen Grundzügen an diese Bitte oder Vorgabe des Rates halten wird.

Der Hafi nimmt die Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01.-30.04.2002 zur Kenntnis.

Ö 9. 2002/0252 Sachstandsbericht Bereich Beschäftigung und Qualifizierung

Der Sachstandsbericht Bereich Beschäftigung und Qualifizierung (Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

**Ö 10. 2002/0268 Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2002;
Vollständige Übersicht über die Gutachten und Studien, die im
Zeitraum Oktober 1999 bis einschließlich Mai 2002 in Auftrag
gegeben wurden**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass man dem Antrag zustimmen werde, da man davon überzeugt sei, dass es nichts gibt, was zu verschleiern wäre.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält den Antrag für legitim und sinnvoll. Er ist nur der Meinung, dass man darüber nicht unbedingt beschließen müsse. Er selbst hätte daraus eine Anfrage gemacht.

Der Ausschuss beschließt:

Dem Antrag der SPD-Fraktion, zur Sitzung des Rates am 03.07.2002 eine vollständige Übersicht über die Gutachten und Studien, die im Zeitraum Oktober 1999 bis einschließlich Mai 2002 in Auftrag gegeben wurden, zu erstellen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. 2002/0284 Mobile Skateranlage

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss einstimmig die Empfehlung ausgesprochen habe, eine mobile Skateranlage anzuschaffen. Heute sollte lediglich noch die Konkretisierung mit Kostenvoranschlag und verbindlichen Zahlen erfolgen. Allerdings könne man nach ihrer Ansicht im Haupt- und Finanzausschuss nicht den Beschluss fassen, dass die Finanzierung über die Sparkassenstiftung erfolgen soll. Als Ausschuss könne man im Grunde genommen auch nur die Empfehlung geben, die Finanzierung über die Sparkassenstiftung vorzunehmen und der Verwaltung den Auftrag zu geben, einen entsprechenden Antrag an das Kuratorium zu stellen.

Der Bürgermeister bestätigt, dass der weitere Gang so richtig sei. Man brauche den Beschluss des Kuratoriums, dass diese Gerät angeschafft und aus Mitteln der Stiftung finanziert wird. Das könne nicht der Haupt- und Finanzausschuss entscheiden.

Der Ausschuss beschließt:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Anschaffung einer mobilen Skateranlage. Es wird empfohlen, die Finanzierung der Anlage über die Sparkassenstiftung vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19.00 Uhr

Es werden keine Fragen gestellt.

Ende: 19.00 Uhr

Ö 12. Mündliche Mitteilungen

Ö 12.1 Besuch des Bayer-Werkes Dormagen

Der Bürgermeister teilt mit, dass er gemeinsam mit Frau Warden und Herrn Holtermann ein Gespräch mit der Werksleitung der Bayer AG, Dormagen, geführt habe. Die Werksleitung der Bayer AG verfolge ein gewisses Kommunikationskonzept, um einfach einmal darauf hinzuweisen,

was findet eigentlich im Werk Bayer Dormagen statt, wie sieht das Risikomanagement dort vor Ort aus. Die Werksleitung würde sich daher sehr freuen, wenn möglichst viele Vertreter aus Politik und Verwaltung an einem Besuch des Bayer-Werkes interessiert wären und auch teilnehmen könnten. Als Termin habe man Dienstag, den 08.10.2002, 16.00 Uhr, Treffpunkt 15.30 Uhr ab Rathaus, avisiert. Diesen Terminvorschlag möchte er hiermit mündlich mitteilen. Das Programm werde ca. 4 Stunden dauern. Die Koordination der Veranstaltung habe Frau Warden gemeinsam mit der Werksleitung übernommen.

Ö 12.2 Jugendberatungsstelle

Der Fachbereichsleiter 2 teilt mit, man habe z.Zt. in der Jugendberatungsstelle die Situation, dass der dortige Mitarbeiter sich in Urlaub befindet. Es handele sich um einen Resturlaub von zwei Wochen, der bis zum 30.06.2002 auch angetreten sein muss. Während dieser Zeit würden in dringenden Fällen die kompetenten Mitarbeiter des Jugendamtes zur Verfügung stehen, so dass in Notfällen immer ein Ansprechpartner vorhanden sei.

Ö 12.3 Abenteuerspielplatz

Der Bürgermeister teilt mit, dass heute der Antrag zur Mittelbeantragung für das Projekt Abenteuerspielplatz herausgegangen sei.

Es habe in der Arbeitsgruppe, die sich gebildet hat, verschiedene Standortwünsche gegeben. Die Firma Bayer sei nicht bereit, sich auf den Standort "Bleer Straße" einzulassen. Es seien daher noch zwei andere Standortvorschläge ins Visier genommen worden. Um die Frist zu wahren, habe man jetzt mit den wesentlichen Grunddaten ohne einen festen Standortvorschlag erst einmal den Antrag gestellt. Die Antrag auf Mittelbereitstellung belaufe sich auf ca. 1,4 bis 1,5 Millionen Euro. Das sei wahrscheinlich sehr hoch gegriffen. Sich im Nachhinein zu verkleinern, sei sicherlich einfacher als anders herum. Näheres führe man gerne in der zuständigen Arbeitsgruppe aus.

Ö 13. Mündliche Anfragen

Ö 13.1 Mündliche Mitteilung der Ratsfrau Prondzinsky (CDU); "Abenteuerspielplatz"

Ratsfrau Prondzinsky zeigt sich erfreut darüber, dass der Antrag auf Mittelbereitstellung für den Abenteuerspielplatz wegen der Ausschlussfrist 30.06.2002 doch noch geklappt hat.

**Ö 13.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Gronauer (CDU);
"Abfallentsorgungskalender der Stadt Viersen"**

Ratsherr Gronauer äußert, er habe in den letzten Tagen von Bekannten einen Abfallentsorgungskalender der Stadt Viersen erhalten. Er fragt, ob die Verwaltung in der Lage wäre, diesen von der CDU-Fraktion als gut befundenen Kalender auch auf die Stadt Monheim am Rhein zu übertragen. Er habe ein Exemplar mitgebracht, das er zur Anschauung zur Verfügung stelle.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung das prüfen und ggfls. realisieren werde.

**Ö 13.3 Mündliche Anfragen des Ratsherrn Göbel (CDU);
1. "Unterstützung der Feuerwehr durch das Land NRW"**

Ratsherr Göbel bemerkt, einer Pressemitteilung des Landtagsabgeordneten Herrn Bischoff konnte man entnehmen, dass die Feuerwehr eine großartige Unterstützung vom Land bekommt. Er fragt, ob das so ist und ob dadurch gewährleistet sei, dass die Feuerwehr letztendlich besser ausgestattet wird.

Der Kämmerer entgegnet, dass sich die Landesregierung seit dem letzten Herbst damit beschäftige, neben einer Schulbaupauschale auch die Feuerwehr in NRW jährlich pauschal zu fördern. Das sei jetzt umgesetzt worden. Die Stadt Monheim am Rhein werde künftig ca. 50.000 € jährlich pauschal für die Feuerwehr bekommen. Der Nachteil sei der, dass man im Jahr 2002 und in den Folgejahren im Vermögenshaushalt erhebliche Mittel für die Neuanschaffung von Feuerwehrfahrzeugen etatisiert bzw. eingeplant habe, für die man bisher immer ca. 60% an speziellen Fördermitteln bekommen habe. Das sei jetzt nicht mehr der Fall, sondern man werde mit den 50.000 € abgespeist. Letztlich sei das nur ein Viertel der Mittel, die man nach dem alten Verfahren hätte erwarten dürfen.

2. "Jugendbereich"

Ratsherr Göbel stellt folgende Fragen:

- a) Ist es richtig, dass die Sprecherin der CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsetatberatungen nachgefragt hat, ob die Mittel für die Ferienfreizeiten ausreichend sind. Die Antwort der Jugendamtsleiterin sei gewesen, dass genügend Mittel vorhanden seien. Man brauche den Etat nicht aufzustocken.
- b) Ist es weiterhin richtig, dass die CDU-Sprecherin im Jugendhilfeausschuss in der Sitzung im März nachgefragt hat, warum die Mittel für durchgeführte Ferienmaßnahmen noch nicht geflossen sind. Es sei von der Vorsitzenden des Ausschusses geantwortet worden, es sei alles bearbeitet und die Mittel würden in den nächsten Tagen ausgezahlt. Diese Antwort sei gekommen, obwohl die Jugendamtsleiterin genau wusste, dass diese Antwort nicht stimmen konnte. In einem Gespräch habe sie ihm gegenüber erklärt, dass es vor dem 30. April keine Auszahlungen gibt. Er fragt, warum das in dieser Ausschusssitzung nicht direkt richtig gestellt wurde.
- c) Bisher wurden Gelder, wenn eine Maßnahme anstand, immer zeitnah ausgezahlt. Er fragt, warum das auf einmal nicht mehr gemacht worden ist, eine Praxis, die 20 Jahre Bestand hatte.
- d) Spätestens Ende April/Anfang Mai sei dem Jugendamt bekannt gewesen, dass es finanzielle Probleme gibt. Den Vertretern der Jugendverbände sei am 10.05.2002 mitgeteilt worden, dass die Mittel nicht so ausgezahlt werden. Er fragt, warum nicht in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.05.2002 mitgeteilt wurde, dass die Mittel gekürzt werden

sollen. Dann hätte man noch frühzeitig etwas reparieren können, bevor es unnötige Diskussionen gegeben hat.

- e) Desweiteren ist in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung der Eindruck erweckt worden, dass es einen großen Fehlbetrag in Höhe von ca. 20 bis 25.000 € gebe. Warum sei gesagt worden, dass ein Betrag in dieser Größenordnung fehle, eine Zahl, die nicht nachvollziehbar ist.
- f) Die Verwaltung und der Jugendhilfeausschuss bilden zusammen das Jugendamt. Wenn dann so Vorkommnisse wie jetzt auftreten, müsse doch der Jugendhilfeausschuss als Teil des Jugendamtes informiert werden. Er fragt, warum der Jugendhilfeausschuss nicht unterrichtet wurde.

Seitens der Verwaltung wird zunächst geäußert, die Fragen soweit es geht direkt zu beantworten. Ggf. müsste ein Rest dann schriftlich beantwortet werden.

Die Verwaltung führt aus, dass man zu dem Thema in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung Stellung genommen und auch zugegeben habe, dass Versäumnisse in der Kommunikation bestehen, nicht aber darin, dass Richtlinien falsch angewendet worden sind. Das Problem liege darin begründet, dass man Richtlinien habe, die diesen Fall, der diesjährig zum ersten Mal eingetreten ist, nicht regeln. Man habe eine Steigerung des Antragsvolumens von 20%. Das habe zur Folge, dass sich die zur Verfügung stehenden Mittel, die man brauche, um alle Maßnahmen antragsgemäß bewilligen zu können, auf 22.000 € belaufen. Dieser Betrag sei jetzt exakt ermittelt worden. Für die nächste Ratssitzung werde man diese Mittel überplanmäßig beantragen. Man habe auch in der letzten Jugendhilfeausschusssitzung darauf hingewiesen, dass es eine Anfrage bei den Haushaltsplanberatungen zu der Fragestellung gab, ob der Ansatz zu den Ferienfreizeiten ausreicht. Damals habe man wahrheitsgemäß bzw. soweit Unterlagen vorlagen diesen Ansatz kalkuliert. Es hätte niemand mit dieser Entwicklung rechnen können, die man in diesem Jahr antreffe. Die Situation war zum Zeitpunkt der Haupt- und Finanzausschusssitzung schon bekannt. Zu dem Zeitpunkt sei man allerdings noch davon ausgegangen, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung des Jugendamtes handelt.

Man hatte nur ein bestimmtes Budget von 51.000 € zur Verfügung. Darüber hinaus waren keine weiteren Mittel verfügbar, so dass man, um alle Antragsteller gleichmäßig berücksichtigen zu können, die Zuschüsse gekürzt habe. Im Nachhinein gesehen war das allerdings eine falsche Entscheidung, weil insbesondere auch Maßnahmen zu dem Zeitpunkt schon abgewickelt waren. Dass natürlich auch die Träger verärgert waren, weil sie zu dem Zeitpunkt auch schon ihre Ferienmaßnahmen geplant bzw. auch schon abgerechnet hatten, könne man jetzt nachvollziehen. Man habe die Brisanz, die mit dieser Entscheidung verbunden war, unterschätzt. Diesen Fehler gebe man zu. Man denke aber, dass man jetzt auf einem guten Weg sei. Vor kurzem habe man noch ein Gespräch mit den Jugendverbänden geführt. Im Ergebnis könne man davon ausgehen, dass man jetzt auf einer guten Basis mit den Jugendverbänden zusammen arbeiten könne. Man werde gemeinsam Vorschläge erarbeiten, die in Zukunft verhindern, dass es zu solchen Dingen kommt. Man sollte darüber reden, dass man Budgets bildet, wo dann jeder Träger, sei es, dass er seine Maßnahme für das kommende Jahr bereits im Dezember plant oder aber auch später, genau wisse, mit welchem Betrag er im nächsten Jahr rechnen kann.

Ratsherr Göbel fragt zusätzlich, ob es richtig sei, dass die Anträge, die gestellt werden und die, die nachher bewilligt werden, ungefähr um ca. 30% auseinander liegen, d.h. 30% der Beträge werden nicht abgerufen, und ob dies generell so der Fall sei.

Die Verwaltung entgegnet, dass das schon so bejaht werden könne. Die angegebenen Zahlen seien Erfahrungswerte aus den Vorjahren. Für dieses Jahr könne man noch nicht sagen, welche Summen zurückfließen.

Der Bürgermeister bemerkt, dass die Fragen sicherlich gut beantwortet sind. Mit den Jugendverbänden müsse man in engen Gesprächen bleiben. Es sei wichtig, die Grundstrukturen

so zu ändern, dass man eine kalkulierbare Situation bekomme. Das sei die ausgegebene Marschrichtung. Über Ergebnisse werde man frühzeitig informieren. Der Verwaltung sei auch ganz wichtig, dass die bereits durchgeführten Veranstaltungen nach den Daten, die Vertrauensschutz genießen, abgerechnet werden können.

Ö 13.4 **Mündliche Anfragen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen, Ratsherr Pruin;
1. "Bürgerstiftung Monheim am Rhein"**

Ratsherr Pruin bemerkt, dass es in dem Bereich ein gewisses Informationsdefizit gebe. Seitens der Grünen habe man, als man der Fusion zugestimmt habe, deutlich gesagt, es müsse einer der ersten Schritte sein, dass die Stiftung kommuniziert. Offenbar ist das bisher nicht geschehen. Er fragt, wie sichergestellt werden solle, dass das Verfahren zügig und transparent durchgeführt wird und die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang weise er darauf hin, dass aus dem Jugendbereich niemand im Kuratorium vertreten sei. Die Jugendinteressen sollten ebenso wie die Interessen des Brauchtums und des Sports vertreten werden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass kurzfristig alle auserkorenen Kuratoriumsmitglieder zu einer vorbereitenden Sitzung eingeladen werden sollen. Das sei noch vor der Sommerpause beabsichtigt. Hinsichtlich der Jugendverbände könne sicherlich eine Gastmitgliedschaft zugelassen werden. Das müsse dann aber aus dem Gremium heraus beraten werden. In der Tat warte man aber immer noch auf die stiftungsrechtliche Genehmigung.

2. "Abenteuerspielplatz"

Ratsherr Pruin äußert, er empfinde es als misslich, dass die Grundstücksfrage für den Abenteuerspielplatz im Jugendhilfeausschuss nicht geklärt worden ist. Er frage sich aber auch, ob er von einem Fachbereichsleiter nicht verlangen könne, dass dort mehr Eigeninitiative erfolgt. Das sei aber nicht seine eigentliche Anfrage. Man habe fest damit gerechnet, dass heute eine Vorlage zu dem Thema im Haupt- und Finanzausschuss kommt, weil im Jugendhilfeausschuss zwar das Datum 30.06.2002 genannt wurde, aber auch gesagt wurde, dass es eine Vorlage im Haupt- und Finanzausschuss gibt. Es sei ja auch nicht klar, wofür jetzt Mittel beantragt worden sind, für das eine Grundstück als Grundstückstausch oder das andere Grundstück als Grundstückserwerb. Er frage, warum nur eine Kurzmitteilung erfolge und keine Vorlage vorgesehen sei.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Aufgabe schwierig zu lösen ist. Der Fachbereichsleiter habe sehr viel Zeit in den letzten Tagen und Wochen darin investiert, dieses Problem hinzubekommen. Aufgrund der von der Arbeitsgruppe ermittelten Daten sei dies nicht ganz leicht gewesen, diesen Antrag mit den Anforderungen, die an einen solchen Antrag gestellt werden, überhaupt zu Wege zu bekommen. Er bedanke sich daher bei dem Fachbereichsleiter und einem seiner Mitarbeiter. Die ganze Sache ansonsten zum jetzigen Zeitpunkt ad hoc zu lösen, halte er für schier unmöglich.

3. "Anträge der Fraktionen"

Ratsherr Pruin führt aus, dass man für den Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten einen Antrag auf Diskussion über den Brandschutzbedarfsplan gestellt hatte. Dieser Antrag sei an den Ausschussvorsitzenden gerichtet gewesen. Er fragt, ob man diesen Antrag, so wie die Fachbereichsleitung es formulierte, wirklich an die Fachbereichsleitung hätte stellen müssen. Er meine, dass es sich zwangsläufig schon aus der Geschäftsordnung ergebe, dass Anträge an den Ausschussvorsitzenden zu stellen sind.

Der Bürgermeister entgegnet, es sei so richtig, die Anträge an den Ausschussvorsitzenden zu richten.

Ö 13.5 **Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion MBM/F.D.P.,
Ratsherr v. Wallis;
"Shell-Gelände"**

Ratsherr v. Wallis bemerkt, dass der Bürgermeister bei dem Neujahrsempfang des Baumberger Allgemeinen Bürgervereins (BAB) im Rahmen des Jahresausblickes gesagt habe, die Shell-Mauer werde bis Ende April fallen. Jetzt habe man Ende Juni und die Mauer stehe immer noch. Er fragt, woran das liegt.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Zeitplanung seitens des Landes NRW so gewesen sei, die Sanierung des Shell-Geländes komplett bis Juni/Juli 2002 abzuschließen. Dieses Thema stehe im übrigen auch auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 3.7.02. Es gebe das latente Problem, dass der Grundstücksfond z.Zt. leer geräumt ist. Die Aufträge klappen nicht, weil das Geld fehlt. Es stelle sich die Frage, wann man die Situation so entkrampft bekomme, dass man sowohl Sanierung wie auch Erschließung zeitnah realisieren könne. Hier arbeite man in sehr guter Kooperation mit dem zuständigen Städtebauministerium zusammen. Man sei sich dahingehend einig, dass man das Problem nur gemeinschaftlich - also Stadt und Land - lösen könne, und zwar über ein Modell, das man dann in der Ratssitzung präsentieren werde. Wenn man jetzt zügig vorankomme, werde es bis zum Fall der Shell-Mauer sicherlich Ende Oktober/Anfang November werden.